Eberhard Mühlich,
Institut für Wohnen und Umwelt, Darmstadt

Sozialräumliche Entwicklungspolitik

1. Einführung

Das Fachforum ‚Sozialraumorientierte Planung in Gebieten mit besonderem Erntwicklungsbedarf' soll dem Vergleich und Erfahrungsaustausch zwischen den Standorten der beiden Partnerprogramme ‚Soziale Stadt' und ‚Erfahrung und Chancen' dienen. Im Zentrum des Interesses stehen bei diesem Vergleich die Chancen und Probleme der Kooperation zwischen den zahlreichen verantwortlichen Akteuren, zwischen den politisch-administrativen, den privaten und den intermediären Akteuren in den Programmgebieten.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht werden dabei Fragen geweckt wie z. B.: Wie können weitgehend autonome Akteure zur Zusammenarbeit bei komplexen Problemen und Problemlösungen veranlaßt werden? Welches sind die Vorteile an Problemlösungschancen und die Einsparungen an Transaktionskosten, die die Kooperation bietet? Welche Vorteile bietet die Kooperation den verschiedenen Akteuren gegenüber nicht-kooperativen Vorgehensweisen? Welche Vorteile bietet die Abgrenzung von Sozialräumen (Programmgebieten) für die Kooperation; welche Art von gemeinsamem Problemverständnis, von gemeinsamen Grundsätzen, von Interessenausgleich, von Vertrauen und von wechselseitigen Beobachtungsmöglichkeiten werden möglich?

Mit meinem kurzen Beitrag möchte ich versuchen, Ihre Aufmerksamkeit für einen zweiten Vergleich zu gewinnen, falls Sie diesen nicht ohnehin bereits anstellen: für den Vergleich der verschiedenen sozialräumlichen Entwicklungspolitiken, die innerhalb Ihrer eigenen Stadt bzw. Region entwickelt und erprobt werden. In vielen Städten und Regionen werden gegenwärtig sozialräumliche Entwicklungspolitiken gleichzeitig zu drei Problembereichen entwickelt: zur ökonomische Wettbewerbsfähigkeit, zur ökologische Nachhaltigkeit und zur sozialen Solidarität der Stadt und Region. Ich möchte zunächst auf die Vorteile hinweisen, die ein Vergleich der drei sozialräumlichen Entwicklungspolitiken bietet nicht nur für die Beantwortung der genannten Fragen sondern auch für die Entwicklung von Problemlösungen (2)[1].

Anschließend werde ich einige wenige Ergebnisse der Forschung zur regionale Kooperation für ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zitieren (3), um daraus Anhaltspunkte für die regionale Kooperation zur sozialen Solidarität, besonders für die Partnerprogramme ‚Soziale Stadt' und ‚Entwicklung und Chancen' zu gewinnen (4). Dabei zeigt sich, daß die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Teilpolitiken und besonders die fehlende Erschließung neuer regionaler Beschäftigungsfelder für die Erwerbstätigkeit von veraltet oder niedrig qualifizierten Arbeitskräften die Erfolgschancen der Partnerprogramme beeinträchtigen. Die geforderte Erschließung neuer regionaler Beschäftigungsfelder hat es allerdings mit einer Reihe von Schwierigkeiten zu tun, für deren Bearbeitung die Akteure der Politiknetzwerke für ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit unverzichtbar sind (5)

2. Vergleich der sozialräumlichen Entwicklungsstrategien

An vielen Beispielen der Politik für die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit im Sozialraum der Stadt bzw. häufiger der Region, meistens Stadtregion, zeigen sich zwei positive Erfahrungen: Erstens, daß Kooperationen, soweit sie nicht nur zwischen Teilnehmern aus Politik und Verwaltung versucht werden, sondern Partner auch aus der Wirtschaft und Wissenschaft einbeziehen, bessere Chancen für gute Ergebnisse bieten, als die auf Politik und Verwaltung beschränkte Kooperation. Das widerspricht zwar der allgemeinen Erwartung, daß die Kooperation zwischen wenigen leichter ist[2], als die zwischen vielen; doch scheint in diesem Fall die Beteiligung von sonst Außenstehenden nicht nur mehr und anderes Wissen, Tatkraft und Geld einzubringen. Auch für die Überwindung von Ressortegoismen scheint die Erweiterung des Teilnehmerkreises von größerem Vorteil als sie Aufwand verursacht.

Die zweite positive Erfahrung ist, daß die Überschaubarkeit des Sozialraums Stadtregion die Chancen für Kooperationsgewinne erhöht. Soweit in der Region eine ausreichende Vielfalt und Dichte an möglichen Kooperationspartnern ansässig ist, wachsen die Chancen für überraschende und innovative Kooperationen. Und zugleich nehmen die durchschnittlichen Transaktionskosten zwischen den Partnern, d.h. der Aufwand für die Formulierung von gemeinsamen Grundsätzen und Strategien, für Vereinbarungen, für die Herstellung von Verbindlichkeit und Vertrauen ab: man behält sich bei vielen Gelegenheiten im Auge und wer sich als unzuverlässig oder unfair erweist, verliert in der Region an Ansehen und damit an vorteilhaften Kooperationschancen. Der Neuerwerb solchen Ansehens oder äußerstenfalls der Umzug in eine andere Region bedeuten sehr hohe Kosten.

Im Vergleich mit den Politiken für ökonomi-

sche Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Nachhaltigkeit führt die Politik für den sozialen Zusammenhalt zwar meistens ein Nischendasein: beim Internet-Auftritt vieler Städte und Regionen verbürgen z.B. Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit icon neben icon die Zukunftsfähigkeit, während über Anstrengungen zum sozialen Zusammenhalt von Stadt und Region eher auf den nachgeordneten Seiten der beteiligten Ämter bzw. Stadtteile informiert wird. Städtische oder regionale ‚Bündnisse für Arbeit' und regionale ‚Initiativen für Beschäftigung' sind noch nicht sehr weit verbreitet[3]. Gleichwohl kann der Vergleich zwischen den drei Politikbereichen, ihren jeweiligen Problemstellungen, den Akteursgruppen, den Politikformen, den Leitbildern, Projekten und Planungen und den Agenturen für Moderation, Mediation, Koordination etc. für die Partnerprogramme ‚Soziale Stadt' und ‚Erfahrung und Chancen' zweierlei Nutzen bringen: der Vergleich kann die Problemanalyse bereichern und er kann, sofern eine Annäherung versucht wird und möglich ist, zusätzliche Problemlösungskapazitäten für die soziale Solidarität erschließen, die über social sponsoring hinausgehen.

Die Problemanalyse zu Fragen der sozialen Solidarität von Stadt und Region kann den Blickwinkel erweitern, wenn die Fragen der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit berücksichtigt werden. Dazu möchte ich vorab auf einige Trends hinweisen, für die der Vergleich sensibel machen könnte:

(a) Der härtere wirtschaftliche Wettbewerb auf den internationalen Märkten wird hauptsächlich mit der raschen Erschließung und Anwendung neuen Wissens in speziellen Nischen und zwischen entsprechend spezialisierten Regionen geführt. Dabei konkurrieren nicht nur Unternehmen miteinander, sondern mehr noch regionale Netzwerke für Innovation und Produktion, an denen neben den regionalen Unternehmen auch die regionale Kultur mit Forschung und Bildung und die regionale Politik beteiligt sind.

(b) Im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ist die soziale Ausgrenzungsdynamik und die entsprechende Politik für soziale Solidarität nicht mehr nur ökonomisch und politisch geprägt, sondern mehr und mehr auch kulturell durch unterschiedliche Lernformen und Kooperationsformen. Einbeziehungs- bzw. Zusammenhaltspolitik sollte daher in erster Linie Bildungs- und Beschäftigungspolitik im weitesten Sinne sein. Die Stellung der Arbeitskräfte wird durch den Faktor Wissen und Lernen tendenziell aufgewertet; sie können ihre Interessen besser durchsetzen. Umgekehrt wird die Interessenvertretung minderqualifizierter Arbeitskräfte schwerer und braucht Unterstützung vonseiten der Politik.

(c) Das Schwergewicht der sozialen Solidarität verschiebt sich dabei von der Nachfrage-Solidarität (Ausgleich von Einkommensdefiziten) zur Angebots-Solidarität (Ausgleich von Bildungsdefiziten bzw. ungleichen Lern- und Erfahrungschancen) Allerdings wird die Nachfrage-Solidarität nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Zum einen muß für die weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Einkommenssicherheit beim Übergang von einem Arbeitsverhältnis zum nächsten weitaus besser gesichert werden[4]. Zum anderen wird die anhaltend rasche Steigerung der Produktivität den Gesamtbedarf an solchen Übergangssicherungen weiterhin hoch halten[5].

(d) Zugleich differenziert sich die soziale Solidarität nach Sozialräumen. Nachfrage-Solidarität ist eine Aufgabe des Nationalstaats und wird künftig darüber hinaus auch eine Aufgabe der Europäischen Union sein, um den innereuropäischen Standortwettbewerb in einem sozialverträglichen Rahmen zu halten. Angebots-Solidarität hingegen wird mehr noch als in der Vergangenheit eine Aufgabe der Regionen, die daran das stärkste Interesse haben, um die Wettbewerbsfähigkeit der Region zu stärken: durch die Expansion und Differenzierung des Bildungssystems werden möglichst alle Talente in der Region gefördert. Angebotssolidarität hat demnach viel zu tun mit ‚regionaler Wettbewerbssolidarität'.

(e) Regionale Angebots- und Wettbewerbssolidarität verschränken sich dort, wo erstens für veraltet oder zu niedrig qualifizierte Arbeitskräfte neue Beschäftigungsfelder in der Region erschlossen werden und zweitens die Lernfähigkeit und Erwerbsfähigkeit (knowledgability, employability) möglichst aller Erwachsenen durch die Entwicklung lernfreundlicher Produktionsformen gestärkt wird. Die Politik für die soziale Solidarität muß neue Dienstleistungsprodukte entwickeln, die zur Wettbewerbsfähigkeit der Region beitragen; mit Unterstützung der Forschung müssen Dienstleistungsprodukte und lernfreundliche Produktionsformen entwickelt werden, die zur Effektivität und Effizienz z.B. des Verkehrssystems, des Gesundheitssystems, des Bildungssystems beitragen.

(f) Ähnlich wie die Politik für die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und für die ökologische Nachhaltigkeit muß die Politik für soziale Solidarität in einem Politiknetzwerk formuliert und implementiert werden, das sich nicht auf Akteure aus Politik und Verwaltung begrenzt, sondern solche aus der regionalen Wirtschaft und Kultur einbezieht. Das erleichtert es, mit

einer je nach Projekt flexiblen Mixtur aus verschiedenen Koordinationsformen zu arbeiten: Markt, Hierarchie und auf gemeinsames Wissen und Werte und auf ausreichende Kontrollchancen gegründetes Vertrauen.

Der zweite Vorteil, der sich aus dem Vergleich mit den beiden anderen sozialräumlichen Entwicklungsstrategien ergeben kann, erwächst aus der gemeinsamen Entwicklung und Nutzung von Entwicklungsressourcen. Alle drei sozialräumlichen Entwicklungspolitiken ergänzen sich nicht nur auf der Ebene der Ziele. Sie müssen auch mit denselben Entwicklungsressourcen arbeiten: mit explorativen Lernformen, mit lernfreundlichen Kooperationsformen und mit nachhaltigen Formen des Naturverständnisses. Und sie sind nur dann erfolgreich, wenn sie diese Resourcen bei ihrem Gebrauch nicht verzehren, sondern vermehren. Die Politik für den sozialen Zusammenhalt kann zeigen, daß sie in einem Ergänzungsverhältnis zu den beiden anderen Politiken steht:

(a) Erfolgreiche Politik für die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit kann neue Wertschöpfungsketten schaffen, die sich z.B. mit neuen Dienstleistungen bis in die Reihen der veraltet oder gering qualifizierten Langzeitarbeitslosen in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf hinein verlängern lassen.

(b) Erfolgreiche Politik für ökologische Nachhaltigkeit kann vielfältig zu Innovation bei Produkten und Produktionsverfahren anregen (Ressourceneffizienz, Kreislaufkonsistenz) und das ökologische Kapital der Region mit hohen Beschäftigungseffekten wahren helfen (u.a. für die Ansiedlungsbereitschaft hoch qualifizierter Arbeitskräfte, für Tourismus.

(c) Erfolgreiche Politik für soziale Solidarität in der Stadtregion kann dazu beitragen,

- dass durch die Einbeziehung in lernfreundliche Kooperationsformen und die Erweiterung der Handlungsfähigkeit der Erwachsenen und Jugendlichen auf den verschiedenen Handlungsebenen (regionale Wirtschaft, Bildung, Kultur und Politik, Stadtteil und Nachbarschaft) möglichst alle Talente in der Stadt und Region gefördert werden,
- dass in der Region mit der Erfindung und Entwicklung neuer, möglicherweise zunächst ‚niedrigproduktiver' Dienstleistungen eine für die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit günstige Dienstleistungskultur in modernen Produktionsnetzen (und ohne die Merkmale der Dienstbotenkultur) entsteht,
- dass soziale Ausgrenzung, Langzeitarbeitslosigkeit und Armut nicht zu veränderten Prioritäten in der Politikagenda zu Lasten der Nachhaltigkeit führen, keine langfristig untragbaren Kostenbelastungen entstehen, die die Mittel für Wettbewerbsfähigkeit verzehren und dass Eigentumskonflikte nicht den öffentlichen Raum beherrschen.

Damit kann sie auch ihren Teil beitragen zur Entwicklung der gemeinsamen Entwicklungsressourcen (explorative Lernformen: die Förderung aller Talentreserven, lernfreundliche Kooperationsformen: die Überwindung defensiver Lernformen und nachhaltige Formen des Naturverständnisses). Sie kann insoweit Mitnutzung der politischen, technischen, finanziellen und personellen Infrastruktur der stadtregionalen Wettbewerbs- und Nachhaltigkeitspolitik beanspruchen. Ich werde mich im folgenden auf die sozialraumbezogene Entwicklung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit beschränken[6].

3. Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der Stadtregion

Ökonomische Wettbewerbsfähigkeit wird heute bekanntlich als Innovationsfähigkeit buchstabiert. Und Innovationsfähigkeit wird gleichgesetzt mit der Lernfähigkeit von Organisationen, von ganzen Städte und Regionen. „Unsere Stadt muß zu einer ‚Lernenden Stadt' mit einer neuen Lernkultur werden". (s. auch BMBF Programm ‚Lernende Region').

Diese Redeweise könnte leicht übersehen lassen, daß es Individuen sind, die überhaupt nur lernen können. Unternehmen, Verwaltungen, Forschungseinrichtungen, Schulen und Hochschulen, oder gar ganze Städte und Regionen können jedoch eine wesentliche soziale Voraussetzung fürs Lernen schaffen. Sie können lernfreundliche Formen der Zusammenarbeit und Auseinandersetzung entwickeln und damit eine Vielfalt und Vielzahl sich gegenseitig anregender Köpfe zu einem lernfreundlichen Milieu in der Stadtregion versammeln.

Welche Bedeutung die lernfreundliche Kooperation mit Partnern in der Region haben kann, zeigt z.B. eine Untersuchung des Karlsruher Fraunhoferinstituts für Systemtechnik und Innovationsforschung zu den Vorteilen die KMUs der deutschen Investitionsgüterindustrie aus der regionalen Kooperation ziehen[7]. Die Untersuchung unterscheidet vier Betriebstypen nach regionalem Vorleistungsbezug (hoch:niedrig) und internationaler Absatzorientierung (hoch:niedrig):

national manufacturer:	int. Absatz gering	reg. Vorleistung hoch
home based player:	int. Absatz hoch	reg. Vorleistung hoch
global player:	int. Absatz hoch	reg. Vorleistung gering
global sourcer:	int. Absatz gering	reg. Vorleistung gering

Bei den beiden Leistungsparametern ‚Wertschöpfung je Mitarbeiter' und ‚Lieferzeit für komplexe Produkte in kleinen Serien' (beides Indikatoren für Innovation und Flexibilität) erweisen sich die Unternehmen mit starker Vernetzung in der Region (‚home based player') (140 TDM, 122 Tage) allen anderen überlegen, knapp sogar dem global player (137 TDM, 136 Tage).

Solche Untersuchungen geben einen Hinweis auf die Bedeutung der regionalen Vernetzung der KMUs als Basis für Innovation und erfolgreiches globales Agieren. Sie sagen jedoch noch nichts über die Qualitäten, die eine Region aufweisen muß, damit ihre KMUs sich innovativ entfalten können. Eine Reihe von Fallstudien ist dieser Frage nachgegangen. Zwei Erfolgsfaktoren zeigen sich immer wieder (s. Michael Fritsch 2000):

- Dichte und Vielfalt der Akteure (Varietät und Redundanz) im regionalen Innovationssystem: unterschiedlich spezialisierte Unternehmen, öffentliche und private Forschungseinrichtungen, Universitäten und Fachhochschulen, Wissenstransfer-, Gründungs- und Finanzierungsagenturen, Bildungsinstitutionen etc. in den Wertschöpfungsketten der vertretenen Branchen
- Zusammenpassen bzw. Ergänzungsverhältnis (Komplementarität) der Akteure im regionalen Innovationssystem: sie müssen nach Branchen, Wissensarten (z.B. Grundlagen- oder Anwendungsforschung) und Ausbildungsbedarf zusammenpassen; das Ausfüllen von Lücken, die Qualität der Beziehungen, der Vermittlungsagenturen, die Unterstützung von Kooperationen, die Wissenszirkulation, die Einrichtung von Wirtschaftskreisläufen muß gewährleistet sein

Bei der sich nun ergebenden Frage nach der Politikform, mit der diese beiden Erfolgsfaktoren der innovativen Region hergestellt werden, werden drei besonders hervorgehoben:

- Innovative Politiknetzwerke
- Innovative Akteure des Dritten Sektors
- Lernfreundliche Milieus
- Informelle Initiativen

Diese werden auch genannt, wenn es neben der Dichte und Vielfalt und dem funktionalen Zusammenpassen der Akteure in der Region noch um ein ganz wesentliches Koordinationsmittel geht: um das Vertrauen zwischen den Akteuren.

Regionale Politiknetzwerke für Wettbewerbsfähigkeit werben nicht nur gemeinsam für den Standort, unterstützen Neugründungen, schreiben Wettbewerbe aus, schaffen und betreiben eine Infrastruktur für Informationsflüsse. Sie bilden auch den Rahmen, in dem sich die Partner für innovative Projekte kennen lernen, Partnerschaften ‚beglaubigt' werden, Partner beobachtet und bei Vertrauensmißbrauch durch Reputationsverlust bzw. ‚Ausschluß' sanktioniert werden können.

Akteure des Dritten Sektors beteiligen sich als Nicht-Regierungs- und Nicht-Marktorganisationen an der Entwicklung der Region. Sie sorgen z.B. für eine lebendige Kunstszene in der Stadtregion, sie tragen zur Nachhaltigkeit der innovativen Produkte und produktionsstrukuren bei oder sie unterstützen durch neue Dienstleistungsunternehmen die lernfreundlichen Milieus z.B. bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Sie rekrutieren ihr haupt- und ehrenamtliches Personal überwiegend aus den lernfreundlichen Milieus. Akteure des Dritten Sektors können auch eine Rolle spielen beim Aufbau von individueller Reputation und Vertrauen. Die ehrenamtliche Mitwirkung z.B. in einer Umweltstiftung oder bei der Lokalen Agenda 21 könnte die Vertrauenswürdigkeit von Teilnehmern in innovativen Produktionsnetzwerken erhöhen.

Die funktionale Bedeutung des Koordinationsmittels Vertrauen neben Recht und Geld wird deutlich, wenn wir die Mikrostruktur von kooperativen Innovationsprozessen berücksichtigen:

- Innovationsprozesse fordern Spezialisierung und Koordination vieler. Auch dort, wo neue Basistechniken mit alten Techniken zu Hybriden verbunden werden (Differenzierung)
- Innovationsnetze zwischen gleichgestellten Partnern werden gegenüber Hierarchien bevorzugt. Großunternehmen schaffen sich eine anregende Peripherie Beispiel Aventis Science4Life (Dezentrierung)
- Lineare Zweck-Mittel-Ketten werden zu rekursiven Innovationsnetzwerken. (Rekursivität)
- Überfluss an Lösungsvarianten und eine begründete Auswahlmöglichkeit schafft erst die notwendige Überzeugung bei allen Beteiligten (Varietät und Redundanz)
- Nachhaltigkeit fordert die Kreislaufwirtschaft und damit stellt damit weitere Kooperationsforderungen (Zirkularität)

Diese hier nur aufgezählten und nicht ausgeführten Merkmale der innovativen Kooperation zeigen, daß sich die komplexen Kooperationen mit vielen Partnern nur sehr unvollständig in sanktionsbewehrte Verträge fassen lassen. Es bestehen an vielen Stellen erhebliche Dissens- und Opportunitätsrisiken.

Vertrauen in die Fairness und Solidarität der zahlreichen Partner wird aus diesen Gründen zur knappen Ressource für Innovationsprozesse und fürs Lernen überhaupt. Regionale Politiknetzwerke und Akteure des Dritten Sek-

tors bilden zusammen den engeren Rahmen für die Zu- oder Aberkennung von Vertrauenswürdigkeit. Den weiteren Rahmen der Vertrauensbildung schaffen die lernfreundlichen modernen Milieus.

Lernfreundliche Milieus bilden den Rahmen einer informierten Öffentlichkeit um die innovativen Netze und stellen überwiegend das Personal. Sie sind das interessierte Publikum, das die Aktivitäten der innovativen Netze beobachtet und nach breit akzeptablen Werten und Maßstäben bewertet. Lernfreundliche Milieus erziehen in Familie, Nachbarschaft und Stadtteil das lernfähige und kompetente Personal für komplexe und weitgehend informelle Kooperationen (limitierte Vorleistungen). Schließlich sind sie die Träger einer Vielzahl und Vielfalt informeller Initiativen auf den Handlungsebenen Nachbarschaft und Stadtteil.

Entgegen mancher Skepsis zur Zukunft der Stadt gewinnt der Sozialraum der Stadtregion und die Politik im Sozialraum für die Vertrauensbildung Bedeutung. Eine an Bildungs- und Forschungseinrichtungen, innovationsorientierten Unternehmen, innovativen Netzwerken, Akteuren des Dritten Sektors und lernfreundlichen Milieus reiche Region mit global anerkannten Kompetenzschwerpunkten ist ein ökonomisch vorteilhafter und kulturell attraktiver Sozialraum. Sie ist die Allmende der Wissensgesellschaft. Wer versucht, diese Allmende zu überweiden, wer durch Opportunismus Vertrauenswürdigkeit in der scientific oder economic community verliert, schadet sich selbst. Der Neuerwerb von Kredit ist langwierig und oder mit Personalwechsel verbunden. Weil die Exit-Option teuer ist (sunk costs), ist das Interesse entsprechend groß, kreditwürdig zu bleiben und mit corporate citizenship Anerkennung zu gewinnen.

Innovative Netze, Akteure des Dritten Sektors und lernfreundliche Milieus brauchen die Politik als vielfältig initiierenden und stabilisierenden Partner. Allerdings nicht als eine an ein bestimmtes Territorium gebundene Politik, sondern als eine Politik, die sich für bestimmte Projekte jeweils mit benachbarten Gebietskörperschaften in der Region horizontal verbinden kann. Und als eine regionale Politik, die fähig ist, sich von der Politik auf der jeweils nächst höheren Ebene: Landes, Bundes, Europa und globaler Ebene durch horizontale Politikvernetzung Gewicht und Unterstützung zu verschaffen.

4. Soziale Solidarität der Stadtregion

Was ist nun von dem Blick auf die stadtregionale Politik für ökonomische Wettbewerbsfähigkeit für die beiden Partnerprogramme ‚Soziale Stadt' und ‚Entwicklung und Chancen' zu lernen? Der eingangs skizzierte Vergleich hat ein besseres Problemverständnis und die gemeinsame Nutzung der Entwicklungsressourcen versprochen. Was das Problemverständnis angeht, hoffe ich, daß jetzt besonders drei Thesen zu den eingangs erwähnten Entwicklungen bekräftigt werden können:

(a) Die Politik für soziale Solidarität muß beim Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft ihren Schwerpunkt verschieben vom nachsorgenden Ausgleich von Einkommensungleichheiten, zum vorsorgenden Erwerb von Lern- und Handlungsfähigkeiten: durch Bildungs-, Beschäftigungspolitik ebenso wie durch Bürgerbeteiligung und die Anregung und Unterstützung von Kooperation in der Nachbarschaft.

(b) Die Politik für soziale Solidarität muß heute für ein lebenslanges Lernen in allen Handlungsbereichen die schulische und berufliche Bildung, lernfreundliche Beschäftigung, Bürgerbeteiligung und die Nachbarschaftskooperation in der Form von inklusiven Politiknetzen gestalten. Die Koordination kann sich nicht auf die verwaltungsinterne Koordination beschränken, sondern muß Akteure aus der regionalen Wirtschaft und Kultur ebenso einbeziehen wie Akteure des sogenannten ‚dritten Sektors' (intermediäre Nicht-Regierungs- und Nicht-Markt-Organisationen).

(c) Die Umstellung von der ‚nachsorgenden' zur ‚vorsorgenden' Politik für soziale Solidarität muß zwar auf allen Politikebenen betrieben werden. Die entscheidende Umsetzung kann allerdings nur auf der städtischen und regionalen Ebene stattfinden und ist auch als Beitrag zur stadtregionalen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu verstehen. Mit der Stärkung der städtischen und regionalen Ebene wird die Landes- und Bundesebene allerdings nicht entsprechend von ihren spezifischen Beiträgen zur rechtlichen und fiskalischen Rahmensetzung und zur Koordination der verantwortlichen Ressorts entlastet (es geht nicht um ein Null-Summen-Spiel der Verantwortung, sondern um ein Plus-Summen-Spiel).

Soweit diese drei zusammenfassenden Thesen durch den Vergleich mit der Politik für die stadtregionale Wettbewerbsfähigkeit an Akzeptanz gewonnen haben, mag das Bund-Länder-Programm ‚Soziale Stadt' als Investitionsprogramm mit dem Volumen von jährlich DM 450 Mio auf den ersten Blick wie der verkehrte Ansatz zu einer Politik der sozialen Solidarität erscheinen. Die Stadtteilbürgerschaft, die in den Programmgebieten im Schnitt zu 20% arbeitslos ist[8], der überdurchschnittlich häufig eine formale Berufsqualifikation fehlt, deren Jugendliche ebenfalls überdurchschnittlich kei-

nen Hauptschulabschluß haben, deren nachbarschaftliche Kooperation durch ethnische Pluralität weniger bereichert als belastet ist – braucht sie nicht viel dringender wohl koordinierte Bildungs- und Beschäftigungsinvestitionen als Bauinvestitionen?

Doch abgesehen davon, daß auch ein Schulumbau oder ein Jugendhaus bezahlt werden kann, hat das Programm neben der Mobilisierung von städtebaulichen Investitionsmitteln für die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf eine zweite, für den sozialen Zusammenhalt in den Städten und Regionen wahrscheinlich entscheidendere Funktion und Erfolgsbedingung. Es bietet einen auf Sozialräume bezogenen Handlungsrahmen, in dem die verantwortlichen Akteure der Bildungs- und Beschäftigungspolitik mit der Aussicht auf bessere Ergebnisse (Effektivität) und geringere Transaktionskosten (Effizienz) kooperieren können. Wir haben oben am Beispiel der stadtregionalen Politik für die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit gesehen, daß der überschaubare Sozialraum und die Politik im Sozialraum für die Kooperation einer großen Zahl von Akteuren an komplexen und dynamischen Problemen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat (Dichte, Vielfalt, Vertrauen). Allein das Angebot eines für die Aufgaben der verschiedenen Akteure gemeinsam bedeutenden Sozialraums der Bund-Länder-Konferenz für Städtebau ist also bereits ein wichtiger Beitrag zum Programmerfolg.

Der Programmerfolg ist weiter davon abhängig, daß die bildungs- und beschäftigungspolitischen Akteure auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene nicht nur in den mehr oder weniger gleichen sozialen Räumen sondern auch zur mehr oder weniger gleichen sozialen Zeit kooperieren: für den jeweiligen Erfolg ist es von Bedeutung, wenn die Lern- und Handlungsfähigkeit der Haushalte und Individuen in den Programmgebieten mehr oder weniger gleichzeitig und nicht nacheinander durch bildungs- und beschäftigungspolitische Angebote, durch die Unterstützung der nachbarschaftlichen Kooperation und durch Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung der sozialen Infrastruktur, des Verkehrs, der Wohnumgebung etc. gestärkt wird. Und diese zeitliche Koordination setzt weiter voraus, daß die Teilnehmer die notwendig erscheinende Gewichtsverlagerung von der nachsorgenden zur vorsorgenden sozialen Solidarität organisationsintern wie gegenüber ihrer Wähler-, Mitglieder- oder Kundschaft in dieser Zeit auch mitvollziehen können.

Zu dieser nicht nur sozialräumlichen sondern auch sozialzeitlichen Koordination leistet das Partnerprogramm ‚Entwicklung und Chancen' einen wertvollen Beitrag. Es versucht, nicht nur die kommunalen, konfessionellen und freigemeinnützigen Akteure der Kinder- und Jugendhilfe für ein gleichzeitiges Reflektieren der Kooperationschancen in den Programmgebieten zu gewinnen, sondern zugleich auch die für die Qualifizierung und Beschäftigung von Jugendlichen verantwortlichen Abteilungen des Arbeitsamtes und in dessen Gefolge auch Akteure der Wirtschaft. D.h. es werden nicht nur die Kinder- und Jugendhilferessourcen des Bundes, der Länder und der Kommunen für die Programmgebiete mobilisiert. Es ist auch zu erwarten, daß vom Partnerprogramm E&C auf kommunaler und Landesebene eine Anregung und auch eine gewisse Anforderung ausgeht, die bisher häufig auf die verwaltungsinterne Koordination begrenzten Steuerungsgremien zu veritablen Politiknetzwerken nach Art der Wettbewerbs- und Nachhaltigkeitspolitik zu erweitern. Und von dieser Erweiterung um andere Interessen und Problemlösungskompetenzen kann paradoxerweise erwartet werden (s. Wettbewerbspolitik), daß die Chance zur Überwindung von nicht-kooperativem Verhalten (z.B. Ressortegoismus) wächst. Man kann sich in der erweiterten Runde, die dann auch von der administrativen auf die politische Ebene rückt und sich mit den Politiknetzwerken für Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit vergleichen lassen muß, nicht-kooperatives Verhalten weniger leisten.

Doch was sind bauliche Investitionen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur, des Verkehrs oder der Wohnumgebung und was ist die Mobilisierung der Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe und die Zusammenarbeit zwischen Arbeits-, Jugend- und Sozialämter für die Lern- und Handlungsfähigkeit der Haushalte in den Programmgebieten wert, solange dort die Arbeitslosigkeit im Schnitt ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung belastet? Oder anders gefragt: um wieviel werden die Koordinationsanstrengungen und der koordinierte Ressourceneinsatz der bisher kooperierenden Akteure entwertet, solange die Beschäftigungspolitik nicht ebenfalls kooperiert und Instrumente anbietet, die in den Programmgebieten wirksam werden? Wie glaubhaft ist die Ausarbeitung von Zukunftsperspektiven für Jugendliche, solange deren Eltern oder Nachbarn arbeitslos sind und sie miterleben, wie diese nach und nach ihr Selbstvertrauen, ihre Lern- und Handlungsfähigkeit und ihren Vorbildcharakter verlieren? Für einige Jugendliche mag es dadurch leichter werden, sich aus einem rückständigen, z.B. vordemokratischen, bildungsaversen oder Frauen benachteiligenden Milieu zu lösen. Doch um wieviel leichter und aussichtsreicher wäre diese ‚Milieupassage' wenn sich Eltern und Verwandte in modernen, lernfreundlichen

Kooperationsstrukturen der Erwerbsarbeit wenigstens graduell an diesem Milieu- und Habituswechsel beteiligen könnten?

Für den nachhaltigen Erfolg der Partnerprogramme ‚Soziale Stadt' und ‚Entwicklung und Chancen' scheint also die Mitwirkung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik eine wesentliche Bedingung, die bisher nicht hinreichend erfüllt ist. Insbesondere fehlt die Erschließung neuer regionaler Beschäftigungsfelder und Märkte für veraltet oder niedrig qualifizierte Arbeitslose. Denn Qualifizierungs- und Vermittlungsanstrengungen für die Gruppe mit den geringsten Arbeitsmarktchancen können nur einen begrenzten Erfolg haben, solange die vorhandene Nachfrage nach Erwerbsarbeit durch Produktivitätssteigerung abnimmt und nicht durch eine neue Nachfrage ersetzt wird.

Ich will abschließend versuchen, ein paar Überlegungen zu der Form entwickeln, in der wir uns eine Beteiligung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bei der Erschließung neuer Felder der Erwerbstätigkeit auf regionaler Ebene vorstellen können.

5. Mitwirkung der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist wieder die eingangs erwähnte Gewichtsverlagerung von der Nachfragesolidarität der alten Industriegesellschaft zur Angebotssolidarität der Wissensgesellschaft. Die gegenwärtige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik hat diesen Wechsel bereits eingeleitet. Das neue Arbeitsförderungsgesetz Job-Aqtiv will die Beschäftigungsfähigkeit durch individuelle Qualifizierungspläne verbessern und gleichzeitig im Fall der Verweigerung von Jobangeboten die Nachfragesolidarität des Transfereinkommens kürzen. Doch die Erfahrung mit Qualifizierungsprogrammen läßt befürchten, daß auch dieser Ansatz zu kurz greift. Solange die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften im Strukturwandel weiter schrumpft, hilft es nicht sehr viel, die Niedrigqualifizierten bzw. Minderbegabten für ein schrumpfendes Stellenangebot zu trainieren – und sei dieses Training noch so individualisiert auf die Person des Arbeitsplatzsuchenden und noch so spezialisiert auf die Anforderungen eines Arbeitsplatzes zugeschnitten.

Mehr Erfolg ist von dieser individualisierten und spezialisierenden Qualifizierungs- und Vermittlungsstrategie für die untersten Qualifizierungsränge zu erwarten, wenn gleichzeitig eine Strategie zur Expansion des Beschäftigungssystems praktiziert wird. Und zwar in solche Beschäftigungsfelder, in die die heute niedrig qualifizierten eine Chance haben hineinzuwachsen. Damit würde die Angebots-Solidarität bei der Entwicklung des Arbeitskraftangebots verlängert bis zur Angebots-Solidarität bei der Entwicklung von Dienstleistungsprodukten und der Gründung entsprechender Kleinunternehmen, Produktionsnetzwerken und der finanziellen, wissenschaftlichen, beratenden Infrastruktur. Solche Beschäftigungsfelder sind auf der städtischen bzw. regionalen Ebene denkbar (a) in der Peripherie von Herstellungs- und Dienstleistungsunternehmen wie z.B. dem öffentlichen Nahverkehr, dem Gesundheits- oder Bildungssystem bzw. in den Maschen von hoch produktiven regionalen Innovations- und Produktionsnetzwerken wie z.B. einer regionalen Medienindustrie und (b) für den Bedarf von Einzelpersonen und Haushalten.

Die Entwicklung neuer Dienstleistungsprodukte für die Stadtregion ist alles andere als einfach. Es sind beachtliche Schwierigkeiten auf der Nachfrage- wie auf der Angebotsseite zu überwinden. Diese Schwierigkeiten lassen sich in eine vorläufige Reihe von Teilproblemen aufteilen und für Aufgabenstellungen an einzelne Akteure handhabbar machen:

(a) Exploration von möglichen Beschäftigungsfeldern in der Stadtregion,
(b) Exploration von Mentalitätshindernissen auf der Angebots- und Nachfrageseite,
(c) Produktentwicklung mit begleitender Forschung,
(d) Entwicklung mentalitätsgerechter und lernfreundlicher Produktions- und Unternehmensformen,
(e) Entwicklung geeigneter Formen des Marketings und der Qualitätskontrolle
(f) Beratung und Finanzierung der Existenzgründung und weiterer Investitionen
(g) Qualifizierung der niedrig-qualifizierten Arbeitskräfte vor und während der Beschäftigung
(h) Entwicklung von Bildungs- und Zertifizierungsmodulen für die vorausgehende und die begleitende Qualifizierung
(i) Lohnfindung bzw. der Subventionierung von Niedriglöhnen
(j) Flexibilität der Beschäftigung und Sicherung der Beschäftigten bei Entlassung
(k) Preisgestaltung und im Falle ‚meritorischer' Güter ggf. Gestaltung der Subventionierung der einkommmensschwachen Nachfrage (z.B. Gutscheine).

Die Aufzählung der Entwicklungsprobleme läßt schon erkennen, daß deren Lösung die Mitwirkung all der Akteure erfordert, die bereits bei der Entwicklung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit der Stadtregion engagiert sind.

Die Entwicklung von neuen Dienstleistungsprodukten und lernfreundlichen Produktions-

strukturen einerseits und die Subventionierung von Niedriglöhnen und die Qualifizierung von minder-qualifizierten Arbeitskräften andererseits bilden die beiden Seiten ein und derselben Aufgabe. Und diese Aufgabe heißt Stabilisierung des Systems der Erwerbsarbeit im wissenschaftlich-technischen Strukturwandel: durch die Erschließung neuer Beschäftigungsfelder werden die Beschäftigungs- und Lernchancen der niedrig-qualifizierten Arbeitskräfte erhöht. Dabei stellt sich auf der einen, der Nachfrageseite die Frage: wo liegen die Grenzen der erwerbswirtschaftlichen Deutung und Bedienung von Dienstleistungsbedürfnissen?[9] Auf der anderen, der Angebotsseite stellt sich die entsprechende Frage: wo liegen die Grenzen der Fähigkeiten von formal niedrig-qualifizierten Arbeitskräften, Dienstleistungsbedürfnisse in einer Weise zu befriedigen, die sie im Falle der personen- und haushaltsbezogenen Dienste nicht zu Dienstboten macht und die sie im Falle der unternehmensbezogenen Dienstleistungen zu selbständigen Partnern (Arbeitskraftunternehmern) macht?[10].

Diese beiden Seiten des Problems sollten auf der operativen Ebene nur mittelbar durch Vernetzung verkoppelt werden. Denn eine starke Verkoppelung in ein und derselben Organisation nach der Art der Beschäftigungsgesellschaften bzw. der soziale Unternehmen für den zweiten Arbeitsmarkt hat deren Erfolgschancen teilweise empfindlich beeinträchtigt . Wer die unternehmerische Aufgabe auf sich nimmt, neue Dienstleistungsprodukte zu entwickeln und für diese einen städtischen oder regionalen Markt zu erschließen, kann kaum in der gleichen Zeit die höchst anspruchsvolle Aufgabe der vielseitigen Qualifzierung von bislang niedrig qualifizierten Langzeitarbeitslosen schultern. Denn in den meisten Fällen geht es nicht allein um den Erwerb von Wissen und Techniken sondern um einen sehr langwierigen Wandel der Mentalität von einer defensiven (Vorwürfe abwehrenden) zu einer explorativen (Vorstellungen entwickelnden) Grundhaltung. Die Vermittlung zwischen beiden Aufgaben ist sorgfältig zu planen und erfordert die gleiche Form des Produktions- und Innovationsnetzwerks wie wir sie bereits von der regionalen Wettbewerbspolitik her kennen. Und sie erfordert die Mitwirkung der mehr oder weniger gleichen Akteure.

---

1) Die folgenden Überlegungen stützen sich auf Erfahrungen bei der Vorbereitung des Programms Soziale Stadt in Hessen seit 1995. Hierzu wenige Stickworte:
- Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt: Das Land Hessen hat bereits seit 1995 – auf Anregung des IWU und in Kooperation mit zahlreichen Akteuren, insbesondere Kommunen, Wohnungsunternehmen, Verbänden: besonders LAG und VSW, Forschungseinrichtungen: besonders FEH – für die Entwicklung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ein Mehrebenen–Politiknetzwerk eingerichtet und erprobt: ‚Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt e.V.‘ (HEGISS e.V. vormals: Hessisches Projektnetz Stadtteilmanagement HEPNEST). Die Teilnehmer beraten und betrieben das Programm – in ihrer jeweiligen Verantwortung – gemeinsam. Ihre Kooperation in einem Politiknetzwerk soll sich für die beteiligten Akteure ‚bezahlt machen‘: durch den Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren, die gemeinsame Festlegung von Zielen, die Mobilisierung und Entwicklung von Ressourcen, die Entwicklung von Politiknetzen auf städtischer Ebene, die Entwicklung des Quartiers- oder Stadtteilmanagements und der bürgerschaftliche Kooperation auf Stadtteilebene, die Vereinbarung von Zielsetzungen und die Beobachtung der Zielverwirklichung, die Kooperation an allseits interessierenden Problemlösungen und die Darstellung des Programms in der Öffentlichkeit unterstützen.
- HEGISS-Dienste: Das HEGISS-Politiknetzwerk soll, analog zum difu auf Bundesebene, durch eine Agentur, die HEGISS Dienste, unterstützt werden. Netzwerkagenturen erarbeiten Entscheidungsgrundlagen, koordinieren die Umsetzung, unterstützen den Erfahrungsaustausch, sorgen für Transparenz nach innen und außen. Das Land Hessen will die Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen (FEH) und die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte (LAG) mit der fachlichen Beratung beauftragen, das Institut Wohnen und Umwelt (IWU) mit der Konzeption und Koordination der Begleitforschung.
- Wahrnehmungsdefizite: In diesem regionalen Erfahrungszusammenhang ist mir immer wieder aufgefallen, daß der ökonomische, kulturelle und politische Entwicklungskontext, in dem das Programm ‚Soziale Stadt‘ wie auch das Programm ‚Entwicklung und Chancen‘ umgesetzt werden, oft nur sehr selektiv wahrgenommen wird. Die eigene sozialpolitische Aufgabenstellung, die Vernetzung zwischen den politischen-administrativen, privaten und intermediären Akteuren, die Ressourcenmobilisierung und die Fragen der Partizipation sind ohnehin schon so komplex, daß alles andere weit in den Hintergrund tritt.
- Nutzen des Kontexts: Doch sowohl die Problemanalyse wie auch die Entwicklung von Entwicklungsstrategien könnten aus der Berücksichtigung des Kontexts mehr Nutzen ziehen, als es Anstrengung kostet, neben den Fragen des sozialen Zusammenhalts auch noch die Akteure, Probleme und Strategien der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit kennenzulernen. Ich will versuchen, diese These in knapper Form mit den besseren Chancen fürs Problemverständnis und für Problemlösungen zu begründen.

2) Zumal dann, wenn sie in ein und demselben Ressort hierarchisch koordiniert wird wie im Falle des Sozialressorts der Stadt Kiel.

3) http://www.boeckler.de/ebib/volltexte/B%F6ckler_zum_B%FCndnis-2001-11-11.pdf. In der aktuellen Ausgabe 11/2001 von „Böckler zum Bündnis“ finden sich Informationen zum neuen Netzwerkknoten „Kommunen und lokale Beschäftigungsförderung“ und zum Forschungsprojekt „Kommunale Bündnisse für Arbeit".
Weitere Hinweise: http://www.bik-online.de, ein zweites Netzwerk der Bertelsmann-Stiftung und http://www.initiative-fuer-beschaeftigung.de die 1998 gegründete „Initiative für Beschäftigung!“|.

4) Vgl. Ton Wilthagen, Flexicurity: A New Paradigm for Labour Market Policy Reform?, Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Paper, März 1998

5) Vgl. Wolfgang Streeck, Competitive Solidarity: Rethinking the ‚European Social Model‘ in: Karl Hinrichs, Herbert Kitschelt, Helmut Wiesenthal (Hg.) Kontingenz und Krise, Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften, Frankfurt am Main 2000.

6) Zur ökologischen Nachhaltigkeit der Stadtregion vgl. z.B. die Texte in: Hubert Heinelt und Eberhard Mühlich (Hrsg.), Lokale Agenda 21, Opladen 2000

7) (Carsten Dreher und Steffen Kinkel: Die Bedeutung der regionalen Basis für Globalisierungsentscheidungen von kleinen und mittleren Unternehmen, in H. Hirsch-Kreinsen und A. Schulte Hrsg., 2000). (Erhebung Herbst 1997, 1329

Rückläufe aus 10524 Betrieben) Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe.

8) vgl. Michael Krautzberger, Das Programm ‚Die Soziale Stadt' setzt zur Bewältigung sozialer Probleme auf Kooperation und Bündnisse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, Referat zum E&C Fachforum ‚Lokale Kooperationsstrukturen zwischen Arbeitsämtern, Jugendämtern und Sozialämtern in den Programmgebieten von E&C', am 12./13. Februar 2001 in Berlin.

9) Vgl. C.Offe, Anmerkungen zur Gegenwart der Arbeit, in ders. und Jürgen Kocka, Hg., Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main 2000, S. 499.

10) Wenn wir die oben erwähnten lernfreundlichen modernen Milieus, die sich an der Politik für die ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit beteiligen, mit den ganz überwiegend defensiv eingestellten Milieus in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf vergleichen, könnte der kulturelle Abstand nicht größer sein. Die StadtteilbürgerInnen in den heute gefährdeten Stadtteilen gehören überwiegend den unteren Arbeitnehmer-Milieus und den kleinbürgerlichen Milieus verschiedener Nationalitäten an. Sie denken, werten und handeln ganz überwiegend noch hierarchiegebunden und nicht eigenverantwortlich. Ihre Erwerbsbiografie ist geprägt von Ausbildungen und Erfahrungen in heute weitgehend veralteten industriellen, administrativen und handwerklichen Produktionsformen. Sie haben in hierarchischen Kooperationsformen in Familie, Nachbarschaft und Erwerbsarbeit ganz überwiegend eine unselbständige, mehr oder weniger autoritäre und defensive Mentalität erworben. Sie haben sehr selten die Fähigkeit, in Familie und Nachbarschaft komplexe und offene Kooperationsformen eigenverantwortlich zu entwickeln und zu pflegen.
Vgl. Michael Vester, Gibt es eine neue Mitte?, AGIS-Website, Hannover 1999, http://www.soz.uni-hannover.de/agis/projekte/htm
Demgegenüber geniessen die seit den sechziger Jahren mit der Expansion des Bildungssystems und der neuen Dienstleistungsberufe gewachsenen neuen Arbeitsnehmermilieus mehr und mehr lernfreundliche Kooperationsformen. Sie haben die wachsenden Teilnahmechancen in Betrieb, Politik und Bildung genutzt, haben verhandeln gelernt und sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie haben seit den sechziger Jahren die wachsenden Bildungschancen genutzt, die Entwicklung neuer Dienstleistungsberufe und neuer Technologien mitgemacht und gelernt, eigenverantwortlich zu handeln. Besonders die Frauen haben die wachsenden Individuierungschancen genutzt: sie haben individuelle Entwürfe ‚guten Lebens' entwickelt und gegen die schrumpfenden Herkunftsmilieus durchgesetzt.

11) A. Evers, M. Schulze-Böing, Sabine Weck, Werner Zühlke, Soziales Kapital mobilisieren, Gemeinwesenorientierung als Defizit und Chance lokaler Beschäftigungsorientierung, Gutachten für die Enquete-Kommission ‚Zukunft der Erwerbsarbeit' des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Schriftenreihe des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Nr. 164, Dortmund 2000